

dass die Bürgerbeteiligung vor Ort bereits bei der Planung von Flüchtlingsunterkünften gewährleistet wird.

(Beifall AfD)

Natürlich bedeutet dies für die Verwaltung unter Umständen mehr Aufwand bei der Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten für eine faire, dezentrale Verteilung der Flüchtlinge. Aber das ist nun mal der Preis, den man in einer Demokratie zu zahlen bereit sein sollte.

(Beifall AfD - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Mann oh Mann, Menschenrechte!)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Danke. - Der Kollege Vida hat eine Kurzintervention angemeldet. Bitte schön.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Gott sei Dank!)

**Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich verstehe, dass hier viele Fraktionen Redeverzicht angemeldet haben. Ich will allerdings trotzdem einige inhaltliche Sachen, Herr Königer, richtigstellen.

Die Behauptung, die Bürger würden nicht eingebunden werden, entspricht in keiner Weise der Realität.

(Starker Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, CDU, B90/GRÜNE, DIE LINKE und SPD)

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu Ihnen nehme ich für mich in Anspruch, dass ich auch im Bereich der Migrationspolitik über Erfahrungen verfüge. Wissen Sie, in Wandlitz beispielsweise, im Landkreis Barnim, wo unter großer Anteilnahme der Zivilgesellschaft ein großes Heim errichtet worden ist, wurde im Herbst 2012, lange vor der Eröffnung, unter breiter Anteilnahme der Bevölkerung, 400 Leute, intensiv diskutiert, auch mit Vorbehalten, auch mit Bedenken, aber es wurde zu einem Zeitpunkt, als noch nicht einmal das Grundstück erworben war, intensiv mit den Leuten diskutiert. Also weise ich diese Fehldarstellung entschieden zurück.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, SPD und DIE LINKE)

Auch in anderen Landkreisen, aber auch bei uns in Oderberg, in Bernau, wird ab dem ersten Tag intensiv mit den Leuten gesprochen. Natürlich ist es nicht leicht, geeignete Immobilien zu finden. Aber hier so zu tun, als würden die entsprechenden Hauptverwaltungsbeamten, unabhängig von der politischen Distanz, die wir in anderen Bereichen haben, nichts tun,

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Das ist einfach nicht wahr!)

das ist eine Missachtung der zivilgesellschaftlichen Arbeit vieler ehrenamtlich Tätiger in diesem Bereich

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, CDU, B90/GRÜNE, DIE LINKE und SPD)

plus - ein bisschen fühle ich mich auch persönlich angesprochen - der Migrationsbeiräte - in manchen Landkreisen sind sie

aktiver, in manchen Landkreisen nicht so aktiv -, die von vornherein Brücken bauen zwischen Migranten und der deutschen Mehrheitsgesellschaft, die wirklich für Akzeptanz werben. So zu tun, als würden die quasi an den Bürgern vorbei arbeiten, das wird deren Arbeit nicht gerecht.

Schauen Sie sich die Unterbringungskonzepte an, die intensiv darauf ausgerichtet werden: Was ist möglich, was ist leistbar, was brauchen die Migranten, was brauchen die Flüchtlinge? Das ist eine qualitativ hochwertige Arbeit, die sich nicht für parteipolitische Polemik eignet. - Vielen Dank.

(Starker Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, CDU, B90/GRÜNE, DIE LINKE und SPD - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Sehr gut!)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Der Abgeordnete Königer hat Gelegenheit, darauf zu reagieren.

**Königer (AfD):**

Darauf bleibt mir eigentlich nur eine Antwort, Herr Vida: Schön, dass Sie mir zugehört haben, Sie haben wahrscheinlich wieder nichts daraus gelernt.

(Gelächter)

Die Realität, in der Sie leben, hat nichts mit dem zu tun, was ich auf der Versammlung in Zützen sehr wohl miterlebt habe, und nicht nur dort.

(Frau Große [DIE LINKE]: Populistisch ohne Ende!)

Es ist für mich unglaublich, wie sehr sich diese Politik von der Realität entfernt hat. Und dass Sie eigentlich die Landesregierung angreifen müssten, sehe ich als zusätzlichen Anhaltspunkt dafür an, dass Sie mit Realpolitik nicht viel zu tun haben

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Die Wahrheit ist konkret! Da geht es um Realitäten, aber die nehmen Sie nicht wahr!)

und sich Ihre Meinung schon gebildet haben.

(Zurufe)

Und ich kann Sie jetzt nicht mit Tatsachen verwirren. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

(Beifall AfD)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Wir setzen fort. Die Fraktionen SPD und DIE LINKE haben Redeverzicht angekündigt. Für die CDU-Fraktion spricht die Kollegin Richstein. Bitte.

**Frau Richstein (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke erst einmal ausdrücklich Abgeordneten Vida für seine inhaltlichen Ausführungen.

(Beifall CDU, B90/GRÜNE, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, SPD und DIE LINKE)

Manchmal sagt man: Gut gemeint, aber schlecht gemacht. Bei diesem Antrag muss man festhalten: Schlecht gemeint und schlecht gemacht.

(Beifall CDU, B90/GRÜNE, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, SPD und DIE LINKE)

Das fängt schon bei der Überschrift an, wo es um kommunale Mitbestimmung geht. Ich weiß nicht, wer von Ihnen den Begriff kennt, mir ist er nicht bekannt. Anfangs war ich noch geneigt, mit fachlichen Argumenten gegen Ihren Antrag zu sprechen. Aber Ihre Entschließungsanträge schlagen wirklich dem Fass den Boden aus.

(Beifall CDU, B90/GRÜNE, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, SPD und DIE LINKE)

Wollen Sie allen Ernstes die Solidarität von Gruppen gegeneinander ausspielen?

(Galau [AfD]: Das müssen Sie nicht uns erklären, das müssen Sie den Bürgern erklären!)

Das ist per se unlauter,

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Davon leben sie!)

aber es ist auf jeden Fall am heutigen Tag unlauter.

(Starker Beifall CDU, B90/GRÜNE, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, SPD und DIE LINKE)

Heute Morgen hatten wir hier eine Feierstunde anlässlich des 70. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges,

(Zuruf des Abgeordneten Galau [AfD])

und wir haben an diesem Tag, in dieser Feierstunde, auch der Opfer der Nationalsozialisten gedacht.

(Jung [AfD]: Was hat das denn damit zu tun?! - Zurufe von der Fraktion DIE LINKE und der SPD)

Wenn Sie mich einmal ausreden lassen würden! Ich habe mir oft Gedanken gemacht - wenn Sie es nicht gemacht haben, ich schon -:

(Zurufe von der AfD)

Was hat die Nationen und die Menschen dazu bewogen, den Flüchtlingen und den Opfern der Nationalsozialisten damals keine Hilfe zukommen zu lassen?

(Beifall CDU, SPD und DIE LINKE - Königer [AfD]: Was hat das damit zu tun?)

- Versuchen Sie wenigstens, meinen Gedankengängen zu folgen, auch wenn es Ihnen schwerfällt.

#### **Vizepräsident Dombrowski:**

Ich bitte die AfD-Fraktion um Mäßigung. Wenn Sie Redebedarf haben, Sie können intervenieren, Sie haben auch noch Redezeit. Das ist gar kein Problem.

#### **Frau Richstein (CDU):**

Noch einmal in Ruhe, damit Sie es vielleicht inhaltlich verstehen: Ich habe mir die Frage gestellt: Warum hat man den Flüchtlingen und den Opfern Hilfe verwehrt und vor ihrem Leid die Augen verschlossen? Ich möchte mir nicht von irgendjemandem einmal vorwerfen lassen, dass wir Flüchtlingen oder Opfern von Diktaturen die Hilfe nicht haben zukommen lassen, die sie hier gesucht haben.

(Anhaltender starker Beifall CDU, B90/GRÜNE, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, SPD und DIE LINKE)

Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der AfD, bietet keinen einzigen Lösungsansatz für ein gesellschaftliches Problem, das Sie hier selbst bemängeln.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Richtig!)

Sollte es geringe gesellschaftliche Akzeptanz für Flüchtlinge und Flüchtlingseinrichtungen geben,

(Zuruf des Abgeordneten Galau [AfD])

dann brauchen wir mehr Bildung, mehr Aufklärung - und keine Ausgrenzung dieser Menschen.

(Beifall CDU, B90/GRÜNE, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, SPD und DIE LINKE)

Wes Geistes Kind Sie sind, zeigen Sie auch in Ihren Haushaltsanträgen,

(Frau Lehmann [SPD]: Richtig!)

wo Sie nämlich die Zuschüsse für den Verein gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit komplett streichen wollen,

(Domres [DIE LINKE]: Unerhört! - Weitere Zurufe)

für die freien Träger, für Maßnahmen zur Entwicklung demokratischer Kultur und zur Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Diese Mittel wollen Sie streichen in Momenten, in denen wir es vielleicht am nötigsten haben,

(Frau Lehmann [SPD]: Und dann noch die Begründung!)

solche Programme zu erhalten.

(Beifall CDU, B90/GRÜNE, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, SPD und DIE LINKE)

Sie schreiben in der Begründung zu Ihrem Antrag, es gibt Menschen, die befürchten, dass ein Flüchtlingsheim in ihrer Kommune errichtet wird. Ich habe keine Befürchtung, dass in meiner Kommune, in Falkensee, ein Flüchtlingsheim errichtet wird.

(Zuruf des Abgeordneten Königer [AfD])

Ich habe keine Befürchtung, dass es ein zweites oder ein drittes Heim geben wird, wie Sie es in Ihren Antrag geschrieben haben. Aber meine Befürchtung ist, dass die Situation, die wir ha-

ben, in der viele Menschen zu uns kommen, von Menschen wie Ihnen missbraucht wird, um Ihre populistische Fremdenfeindlichkeit darzustellen. - Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall CDU, B90/GRÜNE, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, SPD und DIE LINKE - Zurufe)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Die Abgeordnete Bessin hat eine Kurzintervention angemeldet. Bitte schön.

(Der Abgeordnete Schröder [AfD] steht hinter der CDU-Fraktion und diskutiert mit einem Abgeordneten. - Bretz [CDU]: Herr Kollege, jetzt gehen Sie mal auf Ihren Platz!)

**Frau Bessin (AfD):**

Es ist interessant, dass wir jetzt schon auf die Haushaltsdebatte zu sprechen kommen. Natürlich werden Sie uns am Ende bestimmte Vorwürfe machen, die überhaupt nicht tragbar und nicht haltbar sind.

(Nein, nein! bei der SPD)

Im Moment sind Sie leider ein bisschen voreilig gewesen. Wir haben unsere Anträge, an welchen Stellen wir Kürzungen vorschlagen, eingereicht. Wenn Sie die Anträge zusammenrechnen, werden Sie feststellen: Da kommt keine Null raus, weil wir gekürzt haben, sondern da steht eine relativ hohe Summe.

(Bischoff [SPD]: Darum geht es nicht!)

Wir haben natürlich auch vor, darzulegen, wie wir das Geld investieren wollen.

(Zurufe von SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Sie sollten sich überraschen lassen, was am Ende herauskommt.

(Zurufe von SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Wenn Sie uns bestimmte Vorwürfe machen, die überhaupt nicht tragbar und nicht haltbar sind,

(Nein! bei der SPD)

dann habe ich wohl auch das Recht, dazu etwas zu sagen.

(Beifall AfD)

Vielleicht sollten Sie abwarten, bis wir die Vorschläge einbringen, wie wir das Geld investieren wollen, statt voreilige Schlüsse zu ziehen und uns ungerechterweise irgendwie hier runtermachen zu wollen.

Wenn Sie sich unseren Antrag ansehen, stellen Sie fest: Es steht ausdrücklich die kommunale Mitbestimmung darin.

(Bretz [CDU]: Das heißt kommunale Selbstverwaltung, Frau Kollegin!)

Das heißt nicht, dass wir von vornherein davon ausgehen, dass man nirgends entsprechende Unterkünfte schafft, sondern sie sollen dahin, wo die Akzeptanz am größten ist.

(Gelächter bei SPD, DIE LINKE, CDU, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Was ist daran schlecht?

(Vereinzelt Beifall AfD)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Die Kollegin Richstein möchte darauf reagieren.

**Frau Richstein (CDU):**

Frau Bessin, es mag sein, dass Sie das Geld aus den Haushaltsanträgen irgendwo investieren wollen. Was aber entlarvend ist, ist die Begründung Ihrer Haushaltsanträge. Darin steht nämlich, dass Sie das Geld streichen wollen, denn es sei nur „ideologische Projektförderung ohne objektiven Nutzen“. Das entlarvt Sie wirklich.

(Beifall CDU, SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

**Vizepräsident Dombrowski:**

Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Golze.

**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 28. Juli 1951 wurde in Genf auf einer UN-Sonderkonferenz das Abkommen über die Rechtsstellung von Flüchtlingen verabschiedet, am 22. April 1954 trat es in Kraft. Es ist entstanden unter den Eindrücken der beiden Weltkriege, die unermessliches menschliches Leid über Millionen von Menschen brachten und viele zur Flucht aus ihrer Heimat zwangen. In Kenntnis und unter dem Eindruck der humanitären Notlagen der ersten 50 Jahre des vergangenen Jahrhunderts erwuchs die Idee einer internationalen Konvention, um persönliche Schutzrechte für Flüchtlinge festzulegen. 147 Staaten haben das Abkommen inzwischen ratifiziert. Für all diese Staaten, auch für Deutschland, bildet diese Konvention die Grundlage für die Gewährung dieser Schutzrechte. In Artikel 23 heißt es:

„Die vertragschließenden Staaten werden den Flüchtlingen ... auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge und sonstigen Hilfsleistungen die gleiche Behandlung wie ihren eigenen Staatsangehörigen gewähren.“

Das und nichts anderes ist die Basis des Handelns der Landesregierung Brandenburg, der Landkreise, Kommunen und der vielen Menschen, die jene, die bei uns Zuflucht suchen, betreuen, unterstützen und ihnen helfen, in unserem Land anzukommen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, CDU, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Herr Königer, Sie haben der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen heute bei einem anderen Tagesordnungs-